

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.03.2012, Nr. 9, S. 11

Am Grundstein der Demokratie

Niemand weiß, was auf den arabischen Frühling folgt. Es gibt keine Blaupause für die Entwicklung parlamentarischer Systeme - siehe 1848

VON NORBERT LAMMERT

"Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben": Die friedliche Revolution 1989/90 in Mittel- und Osteuropa wird oft mit dieser Parole verbunden. Für die meisten Revolutionen gilt hingegen: Wer früh dabei ist, wird mit dem Tode bedroht. Viele Menschen haben ihr Engagement für Freiheit und Demokratie nicht überlebt.

Seit einem Jahr bewegt der "Arabische Frühling" die Weltöffentlichkeit. Massive Bürgerproteste und militärische Interventionen brachten 2011 autoritäre Regime zum Einsturz, in Tunesien, in Ägypten, in Libyen. Im Jemen, in Bahrain und Algerien gibt es Volksaufstände gegen die Machthaber und die etablierten Strukturen. Doch der Erfolg fordert einen hohen Preis. Beim Volksaufstand in Tunesien sollen 219 Menschen ihr Leben verloren haben. Mindestens 846 Ägypter starben nach offiziellen Angaben bei den knapp dreiwöchigen Unruhen, die zum Sturz Husni Mubaraks führten. Und während des Aufstands gegen den libyschen Diktator Gaddafi sind Schätzungen zufolge mehr als 30 000 Menschen ums Leben gekommen.

In anderen Teilen der Region klammern sich Despoten weiterhin an die Macht. Sie gehen, vor allem in Syrien, gnadenlos gegen ihr Volk vor. Täglich sterben in dieser Eskalation von Gewalt Menschen im Kampf für die Freiheit; mehr als 7000 Opfer sind gezählt, das Schicksal Tausender Vermisster ist ungeklärt. Niemand weiß, ob auf den arabischen Frühling ein strahlender Sommer folgt oder ein trüber Herbst, vielleicht auch ein bitterer Winter. Inzwischen sind in einigen Ländern, weitgehend frei und fair, Parlamente gewählt worden: In Tunesien und auch in Ägypten, wo die Hoffnungen auf schnelle Fortschritte jedoch schnell zerplatzt sind. In zäher parlamentarischer Arbeit wird hier um die Zukunft gerungen - mit offenem Ausgang. Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich - und sie sind es auch in der deutschen Geschichte lange nicht gewesen.

Auch Europa hat seinen revolutionären Frühling erlebt, den sogenannten "Völkerfrühling" von 1848/49. Damals erzwangen Aufständische den Sturz von Monarchen und Regierungen, in Frankreich und in einzelnen deutschen Staaten. Wenn wir uns in Deutschland auf die revolutionären Ursprünge unserer Demokratie berufen, reicht der historische Blick meist kaum weiter zurück als bis zur verfassunggebenden Nationalversammlung, die erstmals am 18. Mai 1848 in Frankfurt zusammentrat. Dabei gibt es natürlich auch eine Vorgeschichte: Der Barrikadenkampf, der am 18. März 1848 in Berlin begann, war ein gewaltiger, auch gewalttätiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie in Deutschland.

Bereits seit Anfang März 1848 hatten sich in Berlin Menschen vor dem Schloss versammelt, um Presse- und Versammlungsfreiheit und eine Volksvertretung zu fordern. "Nur, was zerfällt, vertretet ihr! Seid Kasten nur, trotz alledem! Wir sind das Volk, die Menschheit wir, Sind ewig drum, trotz alledem!" So dichtete in diesem "tollen Jahr" Ferdinand Freiligrath, dessen politische Lyrik offenkundig noch ein fernes Echo in der Bürgerrechtsbewegung der DDR fand. Wie 2011 in Kairo, am "Tag des Zorns", waren es am 18. März 1848 in Berlin Schüsse von Soldaten in die versammelte Menge vor dem Berliner Schloss, die zur Katastrophe führten. Es war der Funke, der in der Konfrontation des Militärs mit Handwerkern, Meistern und Gesellen, Arbeitern, Dienstboten und Studenten das Pulverfass zum Explodieren brachte. Am Ende des Barrikadenkampfes blieben mindestens 270 Tote auf den Straßen liegen, darunter Frauen, Jugendliche und Kinder.

Die Tragweite der Ereignisse des 18. März 1848 führt Adolph Menzels unvollendetes, heute in der Hamburger Kunsthalle hängend Gemälde "Die Aufbahrung der Märzgefallenen" vor Augen, ein Werk, das in der Wahl des Motivs die Historienmalerei revolutionierte. Die Helden sind alle tot. Gendarmenmarkt und Schlossplatz wurden 1848 - so wie 2011 der Tahrir-Platz in Kairo - zum Sinnbild für die Umwälzungen. Der preußische König musste, mit entblößtem Haupt und schwarz-rot-goldener Armbinde, dem Leichenzug seinen Respekt zollen. Menzel selbst vermutete als Beobachter der Szene, es sei für den König "wohl der fürchterlichste Tag seines Lebens gewesen". Dagegen schrieb Otto von Bismarck nach einem Besuch der letzten Ruhestätte der Aufständischen im heutigen Friedrichshain an seine Frau: "Nicht einmal den Toten konnte ich vergeben, mein Herz war voll Bitterkeit über den Götzendienst mit den Gräbern dieser Verbrecher, wo jede Inschrift auf den Kreuzen von ‚Freiheit und Recht‘ prahlt, ein Hohn für Gott und die Menschen." Der spätere Reichskanzler begründete damit eine negative Sicht auf die Ereignisse des 18. März, die nicht nur seine Amtszeit, sondern auch das Wilhelminische Kaiserreich überdauerte.

Der "Friedhof der Märzgefallenen" in Friedrichshain ist als bedeutender Schauplatz der Revolution heute ein authentischer Ort der Demokratie. Seit dem vergangenen Jahr, endlich, wird dieses viele Jahre vernachlässigte Gelände mit einer Dauerausstellung aufgewertet. "Am Grundstein der Demokratie" ist sie zu Recht betitelt.

Doch es hat lange gebraucht, bis diese Bedeutung der Revolution von 1848/49 erkannt wurde. Im Verhältnis der Deutschen zu ihrer Revolution hat die Furcht vor Anarchie und die Sorge um die innere Ordnung nachgewirkt, es dominierte zudem das Motiv des Scheiterns. Für Carlo Schmid gehörte es 1948 - während der Arbeit am Grundgesetz im Parlamentarischen Rat und hundert Jahre nach den Märzereignissen - zu den "Eigentümlichkeiten der an tragischem Scheitern so reichen Geschichte des deutschen Volkes, dass die Feiern an den Gedenktagen seiner revolutionären Erhebungen bisher immer Feiern zur Erinnerung an verlorene Revolutionen gewesen sind". Die Erinnerung blieb auch im Kalten Krieg gespalten, die Märzereignisse und die Paulskirche wurden ideologisch vereinnahmt. Die DDR ehrte die Aufständischen des 18. März, die Bundesrepublik hingegen hob mit der Würdigung der verfassunggebenden Nationalversammlung die deutsche Parlamentstradition hervor. 1848 aber war beides, der proletarisch dominierte Aufstand gegen die gewalttätige Obrigkeit und die vom Bürgertum getragene, parlamentarische Einhegung des Konflikts zwischen Krone und Volk.

Am Ende triumphierten die alten Gewalten. Doch Freiheitskämpfe verdienen nicht nur dann Respekt, wenn sie erfolgreich waren, sondern immer dann, wenn sie stattfinden; so wie der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 nicht deshalb weniger bedeutend war, weil er nicht den Erfolg der Bürgerrechtsbewegung 1989/90 hatte. Und so, wie der verzweifelte Freiheitskampf der Syrer nicht weniger unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient als die scheinbar erfolgreichen Umstürze im vergangenen Jahr.

Die deutsche Geschichte weckt bis heute noch häufig mehr ein Bedürfnis nach Distanz denn den Wunsch nach Identifikation. Die deutsche Geschichte hat aber weder 1933 begonnen, noch war sie 1945 zu Ende. Und so wichtig eine systematische, gründliche und dauerhafte Beschäftigung mit der entsetzlichen Verirrung in der deutschen Geschichte ist, so unbegründet und verhängnisvoll ist jeder noch so gut gemeinte Versuch, die Nationalgeschichte unseres Landes auf diese Periode reduzieren zu wollen. Ein angemessenes und würdiges Gedenken an die deutschen Freiheitstraditionen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der

eigenen Geschichte unverzichtbar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Das nationale Gedächtnis lässt sich in einer demokratisch und damit pluralistisch verfassten Gesellschaft natürlich weder amtlich formulieren noch durch eine Behörde regeln; die Erinnerungskultur eines Landes muss wachsen.

Der Staat kann aber Zeichen setzen. Deshalb spricht manches dafür, den 18. März zu einem nationalen Gedenktag in unserem Land zu machen. Der 18. März zählt zu den deutschen Schicksalstagen, an denen sich die Geschichte verdichtet hat. Mit diesem Datum verbinden sich außerdem die ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer. Am 18. März 1990 erfüllte sich eine der zentralen Forderungen nach Freiheit, für die zuvor in Ostdeutschland Hunderttausende auf die Straßen gegangen waren. Diese friedliche Revolution führte unter gänzlich veränderten Bedingungen zu Ende, was auf den Berliner Barrikaden am 18. März 1848 begonnen hatte: das über ein Jahrhundert andauernde Ringen um Einigkeit und Recht und Freiheit.

Unsere parlamentarische Demokratie ist das Ergebnis eines mühsamen und leidvollen Weges. Es war kein gerader, direkter Weg, sondern von Kontinuitäten und Brüchen begleitet, mit zahlreichen Anläufen, Irrwegen und Umwegen. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir heute in die arabische Welt blicken. Der Sturz eines autoritären Regimes, der von den Menschen erkämpft wurde, mündet nicht zwingend in stabile demokratische Verhältnisse. Noch ist offen, ob die Jahreszeiten der Revolutionen zu religiös-fundamentalistischen Gottesstaaten, waffenstarrenden Militärdiktaturen oder aber zu gefestigten Demokratien eigener Prägung führen werden. Es gibt keine Blaupause für die Entwicklung von parlamentarischen Systemen.

Der Autor (CDU) ist Präsident des Deutschen Bundestages.

Kastentext:

Der Barrikadenkampf war ein gewaltiger und gewalttätiger Schritt zur Demokratie.

Manches spricht dafür, den 18. März zu einem Gedenktag in unserem Land zu machen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de